



Pressemitteilung

Erfurt, 20.11.2025. **Anlässlich des Tages der Verabschiedung der Kinderrechte zeigt sich der Kinderschutzbund Thüringen enttäuscht darüber, dass die Reform des Bürgergeldes nicht die Rechte der Kinder berücksichtigt und setzt die Sicht der Kinder dagegen: Im Buch „Alles, was ich brauche“ schreiben Kinder über Arm und Reich.**

Mit schärferen Sanktionen möchte die Bundesregierung gegen Leistungsempfänger*innen vorgehen, die gegen die Regeln der Jobcenter verstoßen. Das kann mitunter zur vollständigen Streichung von Zahlungen für die Unterkunft führen. Diese Streichungen betreffen mitunter auch Kinder und Jugendliche, die in den Familien leben. Somit nimmt die Politik in Kauf, dass Kinder und Jugendliche am Ende die Leidtragenden sein werden. Diese Politik verstößt damit gegen die Rechte der Kinder, denen ein Aufwachsen in angemessenen Lebensbedingungen zugesichert ist.

Welche Sicht Kinder im Alter von acht bis zwölf Jahren auf arme und reiche Lebensverhältnisse haben, zeigen diese eindrucksvoll in einem Buch, das der Kinderschutzbund der Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen dazu gerade veröffentlicht hat. Unter dem Titel „Alles was ich brauche“ wird deutlich, wie es ist, mit wenig Geld auszukommen, in einer kalten und kleinen Wohnung zu leben, obwohl doch Mama und Papa das Beste für die Kinder wollen oder man in der Schule nicht gemocht wird. Sicher, hier schreiben Kinder Geschichten, die ihre Vorstellungen zeigen, manches haben sie selbst erfahren, nicht alles ist real erlebt – zum Glück. Aber die Texte zeigen ihre Gedanken, was sie brauchen: „ein Dach über dem Kopf und eine gesunde Familie“. Dieses Projekt wurde von der Aktion Mensch gefördert.

In Thüringen lebten Ende 2024 rund 38.000 Kinder unter 18 Jahren im Bürgergeldbezug. Das sind rund 12 Prozent der Kinder. Aus Sicht des Kinderschutzbundes können Kinder nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn ihre Eltern Jobangebote nicht annehmen oder Termine beim Jobcenter nicht wahrnehmen. Damit treffen die Sanktionen die Falschen und Kinder geraten unter Druck des Sozialsystems, dass sie eigentlich fördern und unterstützen soll. Insbesondere jedoch sehen wir damit den Kinderschutz gefährdet, wenn in der Wohnung der Strom und das Wasser abgeschaltet werden. Alle Kinder haben ein Recht auf Schutz, auf Sicherheit und auf eine gesicherte Existenzgrundlage. Sanktionen, die Familien die Wohnung kosten könnten, sind nicht nur sozialpolitisch verfehlt, sondern auch ethisch und verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Reformpläne zu überarbeiten und sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche niemals die Konsequenzen von Maßnahmen tragen müssen, für die sie keine Verantwortung haben.